

Wahlkreistag Roth

Dokumentation des dritten Wahlkreistages am 02. März 2024



Inhalt:

1	Überblick.....	2
1.1	Das sagen die Teilnehmenden (Auszug).....	3
1.2	Zu dieser Dokumentation.....	3
2	Das Projekt Hallo Bundestag.....	3
3	Ergebnisse des Wahlkreistages.....	5
3.1	Begrüßung und Kennenlernrunde.....	5
3.2	Erste Gruppenphase am Vormittag.....	6
3.3	Gruppenbildung im Plenum.....	10
3.4	Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten.....	11
3.4.1	Kleingruppe 1: Freiwillige Gesellschaftsdienste.....	13
3.4.2	Kleingruppe 2: Verpflichtender Gesellschaftsdienst nach der Schule.....	15
3.4.3	Kleingruppe 3: Verpflichtender Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben.....	17
3.5	Aufstellung.....	19
3.6	Abschlussrunde (Auszug).....	20
4	Ausklang und „Wie geht es weiter?“.....	21

1 Überblick

Am 02. März 2024 fand von 10 bis 17 Uhr im Rahmen des Projekts *Halo Bundestag – Gewählt. Gelost. Gemeinsam. Wahlkreisräte für die Demokratie* der dritte Wahlkreistag im Wahlkreis Roth statt.

28 zufällig aus den Melderegistern des Wahlkreises ausgeloste Menschen zwischen 13 und 74 Jahren kamen ins DORMERO Schlosshotel in Reichenschwand zusammen. Das Thema des Tages lautete in dieser Phase: „Verpflichtendes Gesellschaftsjahr - wichtige Erfahrung für alle oder zu großer Eingriff in die persönliche Freiheit?“.

In der ersten Phase des Tages fand in Kleingruppen ein Austausch darüber statt, welche persönlichen Erfahrungen die Teilnehmenden mit Gesellschaftsdiensten entweder bereits gemacht hatten oder was sie dachten, wie sich ein Gesellschaftsdienst auf ihr Leben ausgewirkt hätte oder noch auswirken würde. Danach fand anhand von Plakaten eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten von Gesellschaftsdiensten statt: ein verpflichtender Gesellschaftsdienst nach der Schule, ein verpflichtender Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben und die aktuelle Regelung der freiwilligen Gesellschaftsdienste. Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten wurden abgewogen.

Am Nachmittag arbeiteten die Teilnehmenden weiter an den bereits genannten Varianten in je einer Kleingruppe. Diese Kleingruppen setzten sich sowohl aus Teilnehmenden zusammen, die die Variante ablehnten als auch befürworteten. So sollten gemeinsam Lösungen für die schwersten Bedenken gegenüber einer Variante erarbeitet werden.

Am Nachmittag kamen der Abgeordnete Ralph Edelhäuser (CSU) und drei Mitarbeiter aus dem Wahlkreisbüro von Jan Plobner (SPD) dazu. Jan Plobner (SPD) und Kristine Lütke (FDP) konnten aufgrund einer Delegationsreise nicht teilnehmen.

Abbildung 1 enthält eine Übersicht darüber, wie viele Personen für den Wahlkreistag ausgelost wurden, wie viele dieser Personen zugesagt und wie viele am Tag selbst tatsächlich teilgenommen haben. Einige Ausgeloste mussten aufgrund von Krankheit kurzfristig ihre Teilnahme absagen.

Abb. 1 Übersicht Losverfahren

	Ausgeloste Personen	Zusagen	Teilnahmen
Jugend (12-17 J.)	20	6	5
Erwachsene	210	29	23

1.1 Das sagen die Teilnehmenden (Auszug)

„Besonders beeindruckt hat mich der offene Austausch mit Mitmenschen aus allen Alters- und Gesellschaftsschichten.“ – *Jeremia W.*

„Ich habe meine eigene Meinung entwickelt und viele Erfahrungen von anderen Menschen gehört.“ – *Nina F.*

„Das tolle Miteinander, offen die Ansichten kund tun zu können. Wer die Möglichkeit dazu bekommt, sollte dies auf alle Fälle wahrnehmen!“ – *Tanja S.*

1.2 Zu dieser Dokumentation

Nach einer kurzen Beschreibung des Gesamtprojekts (Abschnitt 2) gibt diese Dokumentation die Ergebnisse des Tages entlang des Prozesses wieder (Abschnitt 3). Dabei gliederte sich der Tag in folgende Schritte:

1. Begrüßung und Kennenlernrunde
2. Erste Gruppenphase am Vormittag
3. Themenfestlegung für den Nachmittag
4. Gruppenphase am Nachmittag inklusive Diskussion mit den Abgeordneten
5. Abschlussrunde

2 Das Projekt Hallo Bundestag

Hallo Bundestag verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen gewählten Vertreter:innen im Bundestag und gelosten Einwohner:innen aus deren Wahlkreisen langfristig zu stärken. Der Slogan *Gewählt. Gelost. Gemeinsam* macht diese Vision deutlich und hebt insbesondere das Gemeinsame hervor, das für das Projekt zentral ist und das in Bürger:innenräten oftmals zu kurz kommt.

Dafür veranstalten wir in sechs Wahlkreisen in drei Phasen jeweils sogenannte [Wahlkreistage](#). Das sind eintägige Workshops mit zufällig aus dem Melderegister gezogenen Menschen aus einem Wahlkreis sowie den Abgeordneten, die für diesen Wahlkreis direkt oder über Parteiliste in den Bundestag gewählt sind. Das Losverfahren ist in mehrfacher Hinsicht ausschlaggebend für die Sicherung der Vielfalt der Teilnehmenden:

- Wir losen aus den Melderegistern: Alle Menschen, die dort gemeldet sind, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Wahlrecht, können ausgelost werden.
- Wir nutzen in all unseren Prozessen das [Aufsuchende Losverfahren](#). Dieses stellt sicher, dass diejenigen kommen, die der Zufall ausgelost hat. Wir losen datensparsam aus und besuchen diejenigen, die nicht auf den Einladungsbrief antworten, zu Hause.
- Wir losen ab 12 Jahren aus, um insbesondere Jugendliche, die zwar am längsten von den heute getroffenen Entscheidungen betroffen sind, jedoch noch nicht wählen dürfen, einzubinden.

In der dritten Projektphase, in der der hier dokumentierte Wahlkreistag stattfand, wurden bei den Wahlkreistagen in den verschiedenen Wahlkreisen jeweils unterschiedliche Themen diskutiert. In fast allen Wahlkreisen hatten in dieser Phase die Abgeordneten Themen

vorschlagen und sich dann untereinander auf ein Thema geeinigt. In der zweiten Projektphase ging es an den Wahlkreistagen um das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat. In der ersten Phase drehten sich die Wahlkreistage um die Beziehung der Menschen in den Wahlkreisen zu ihren Abgeordneten im Bundestag und der Bundespolitik insgesamt.

Alle Teilnehmenden der Wahlkreistage können in den sogenannten [Wahlkreisrat](#) eintreten. Der Wahlkreisrat als Gruppe von Menschen mit diversen Perspektiven dient unter anderem dazu, Abgeordneten kurzfristig Feedback zu wichtigen (bundespolitisch) relevanten Themen zu geben und so die Beziehung zwischen Abgeordneten und Menschen im Wahlkreis langfristig zu stärken.

Weitere Infos unter: <https://hallobundestag.de/das-projekt-hallo-bundestag>.

3 Ergebnisse des Wahlkreistages

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Wahlkreistages in Roth am 02. März 2024 zusammengetragen. Der Tag gliederte sich grob in zwei Arbeitsphasen in Kleingruppen am Vor- und am Nachmittag sowie eine anschließende Diskussion mit den Abgeordneten.

3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde

Nach einem herzlichen Empfang im Schlosshotel in Reichenschwand begann der Wahlkreistag offiziell mit einem gegenseitigen Kennenlernen. Zunächst stellte das Team kurz das Projekt *Halo Bundestag* und den Ablauf des Tages vor. Dann bekamen auch die Teilnehmenden Raum, sich in Zweier- oder Dreiergruppen kennen zu lernen und anschließend im Plenum kurz etwas zu sich zu erzählen. Dabei wurden Reaktionen auf den Erhalt des Einladungsbriefes zum Projekt geteilt. Häufig waren der zweite Brief und eine anschließende Recherche oder ein Gespräch mit Freund:innen und Verwandten ausschlaggebend, um teilzunehmen. Einige hatten sich gerade wegen des Themas, andere eher trotz des Themas für eine Teilnahme entschieden.

Als Grundlage für die Gespräche am Wahlkreistag stand den Teilnehmenden ein **Begleitheft** zur Verfügung, um unabhängig vom Vorwissen der Teilnehmenden eine geteilte Wissensbasis herzustellen.

Das Heft wurde von Es geht LOS erstellt und so einfach und neutral wie möglich formuliert. Die Hefte wurden zu Beginn ausgeteilt. Jede:r Teilnehmende hatte ein Heft, das neben Wissen zum Thema auch als Begleiter durch den Tag angelegt war und die verschiedenen Prozessschritte enthielt.



3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag

Die erste Kleingruppenphase zielte darauf ab, über persönliche Erfahrungen und Bezüge der Teilnehmenden einen Einstieg in das Thema „Verpflichtendes Gesellschaftsjahr - wichtige Erfahrung für alle oder zu großer Eingriff in die persönliche Freiheit?“ zu finden. Zum Einstieg in das Thema diente eine Übung des „Aktiven Zuhörens“ mit vorbereiteten Fragen, wie bspw.: „Was wäre in deinem Leben anders gelaufen, wenn du (k)einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst hättest machen müssen?“, oder: „Welche Erfahrung von dir ganz persönlich, spricht für oder gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst?“. Während eine Person Fragen stellte, durfte die andere antworten, ohne unterbrochen oder in ihren Aussagen kommentiert zu werden. Nach 10 Minuten sollte die zuhörende Person kurz zusammenfassen, was sie gehört und verstanden hatte, dann wurde getauscht. Die Methode unterstützt eine achtsame Kommunikation, die auf das Verstehen anderer ausgelegt ist. Diese Art der Kommunikation prägte die Gesprächsatmosphäre des gesamten Tages zwischen den Teilnehmenden.

Im Anschluss an die Übung des Aktiven Zuhörens stellte die Gruppenmoderation anhand von Plakaten drei Varianten eines Gesellschaftsdienstes vor und erläuterte ihre Vor- und Nachteile. Die Varianten waren ein verpflichtender Gesellschaftsdienst direkt nach der Schule, ein verpflichtender Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben oder die aktuelle Regelung ausschließlich freiwilliger Gesellschaftsdienste. Basierend auf den vorgestellten Vor- und Nachteilen wurden die Teilnehmenden gebeten eigene Erfahrungen zu nennen, die die vorgestellten Argumente stützen oder schwächten. So sollten Argumente mit persönlichen Erfahrungen verknüpft und die Argumente durch die Erfahrungen greifbarer und verständlicher werden. Teilnehmende berichteten, dass sie sich für einen Zivildienst nicht freiwillig gemeldet hätten, im Nachhinein jedoch froh waren, diesen gemacht zu haben. Genauso berichteten manche, nach der Schule genau gewusst zu haben, was sie machen wollten und froh gewesen zu sein, damit direkt angefangen zu haben.

Eine Teilnehmende beschrieb, dass sie das Gefühl habe, die meisten Menschen schauten nur noch auf sich. Sie erhoffte sich von Gesellschaftsdiensten, dass die Gemeinschaft und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt würden. Eine andere Teilnehmende berichtete, dass sie eine soziale Einrichtung leite und die Erfahrung gemacht habe, dass Zwang zum Gegenteil des Erwünschten führen könne. Viel besser sei es darum, Angebote attraktiver zu machen.



Auf den nun folgenden Plakaten, sind die Argumente lila markiert, die durch die Teilnehmenden ergänzt wurden.

Was spricht für oder gegen Gesellschaftsdienste?

Vorteile	Nachteile
Menschen lernen soziale Berufe kennen	Die Ausbildung zu einem Beruf beginnt später - das ist problematisch wegen des Fachkräftemangels
Wichtige Lern-Erfahrung für Alle	Freiwilligen werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt
Dienst an der Gesellschaft/am Staat: man tut etwas, das für andere Menschen gut ist	Die Betreuung und die begleitenden Bildungsseminare für Freiwillige sind teuer
„Inneres Wachstum“ zu erleben ist wichtig	Das Studium ist ohnehin schon lang
Kann eine „gewisse Disziplin“ mit sich bringen	

Was spricht für oder gegen die aktuelle Regelung der freiwilligen Gesellschaftsdienste?

Vorteile	Nachteile
Die Motivation bei den Freiwilligen ist hoch, weil sie sich selbst für den Dienst entschieden haben	Im Moment sind Freiwilligendienste nicht für alle jungen Menschen gleich möglich (Mangel an Geld oder Informationen)
Wer nach der Schule schon weiß, welchen Beruf er oder sie machen möchte, kann direkt mit der Ausbildung anfangen und kann schneller in den Beruf starten --> das ist gut wegen des Fachkräftemangels	Weniger junge Menschen lernen soziale Berufe kennen und tun etwas für die Gesellschaft
Jugendliche haben die Freiheit, nach der Schule selber zu entscheiden, was sie machen möchten	Gute Stellen sind schwer zu finden

Was spricht für oder gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst?

Vorteile	Nachteile
Das gesellschaftliche Miteinander und der Zusammenhalt werden gestärkt	Eine Pflicht schränkt die persönliche Freiheit ein
Die Einsatzstellen bekommen verlässliche und günstige Mitarbeitende	Eine Pflicht würde die Lust der Teilnehmenden schwächen
Man erfährt Wertschätzung als Person	Es ist nicht klar, ob eine Pflicht rechtlich möglich ist
Gute Erfahrungen sind für Jugend vlt. nicht vorstellbar	Freiwillige Dienste sollten erst einmal gestärkt werden: Es gibt Jugendliche, die einen Freiwilligendienst machen wollen, aber nicht können (z.B. aus Mangel an Geld oder Informationen)
	Infrastruktur ist teuer und aufwändig

Was spricht für oder gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst nach der Schule?

Vorteile	Nachteile
Einsatzstellen können damit planen, dass sie Arbeitskräfte/Mitarbeitende bekommen	Vielleicht passt der Zeitpunkt nicht gut in die Lebensplanung oder stört auf dem Berufsweg
Junge Menschen bekommen noch früh im Leben eine Lern-Erfahrung. Das kann beeinflussen, für welchen Beruf sie sich entscheiden. Außerdem können sie Vorurteile gegenüber Mitmenschen abbauen, etwas über ihr Verhältnis zum Staat lernen, Respekt für verschied. Berufsgruppen entwickeln oder es kann ihnen Orientierung geben	Die Motivation kann fehlen, wenn sich die Menschen den Zeitpunkt für einen Dienst nicht selbst aussuchen
Positive Auswirkungen eines Dienstes für junge Menschen vlt. noch nicht absehbar, z.B. Freundschaften fürs Leben (außerhalb der eigenen „Bubble“)	Jugend leidet ohnehin schon unter Zukunft, nicht zwingen sondern Anreize schaffen
Junge Menschen lernen mit Geld umzugehen	

Was spricht für oder gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst?

Vorteile	Nachteile
Das gesellschaftliche Miteinander und der Zusammenhalt werden gestärkt	Eine Pflicht schränkt die persönliche Freiheit ein
Die Einsatzstellen bekommen verlässliche und günstige Mitarbeitende	Eine Pflicht würde die Lust der Teilnehmenden schwächen
	Es ist nicht klar, ob eine Pflicht rechtlich möglich ist
	Freiwillige Dienste sollten erst einmal gestärkt werden: Es gibt Jugendliche, die einen Freiwilligendienst machen wollen, aber nicht können (z.B. aus Mangel an Geld oder Informationen)

Was spricht für oder gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt?

Vorteile	Nachteile
Menschen können den Dienst dann machen, wenn es für sie passt	Einsatzstellen können nicht so gut planen, weil pro Jahr unterschiedlich viele Bewerbungen kommen können
Die Motivation kann höher sein, wenn sich die Menschen den Zeitpunkt für einen Dienst selbst aussuchen	Menschen bekommen vielleicht erst spät im Leben eine Lern-Erfahrung, bauen Vorurteile gegenüber Mitmenschen ab oder lernen etwas über ihr Verhältnis zum Staat. Dann haben sie sich auch schon längst für einen Beruf entschieden.
Kann Vereinsamung vorbeugen	Wird womöglich immer weiter aufgeschoben
Wenn der Zeitpunkt selbstgewählt ist, bringen Menschen möglicherweise mehr Bereitschaft mit	Es gibt bereits gute Möglichkeiten sich für die Gesellschaft einzubringen

3.3 Gruppenbildung im Plenum

Nach der Kleingruppenphase kamen die Teilnehmenden vor der Mittagspause nochmal im Plenum zusammen. In einer Aufstellung sollten die Teilnehmenden durch ihre Position im Raum zeigen, welche der Varianten sie zu dem Zeitpunkt des Tages am meisten unterstützten. Jeweils ca. sieben Personen waren für einen verpflichtenden Gesellschaftsdienstes direkt nach der Schule bzw. zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben, ca. 6 Personen standen zwischen den beiden Varianten. Sechs Personen positionierten sich für die Variante der freiwilligen Gesellschaftsdienste. In der Mitte zwischen allen drei Varianten standen drei Personen. Weitere drei Personen standen zwischen der Variante der freiwilligen Gesellschaftsdienste und dem verpflichtenden Gesellschaftsdienst nach der Schule.



Nachdem sich die Teilnehmenden entsprechend ihrer Meinung im Raum positioniert hatten, wurde sie gebeten nun zu der Variante zu gehen, die sie am wenigsten unterstützten. Ein Bedenken bezüglich eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes nach der Schule war, dass die Regelung suggeriere, dass vor allem Jugendliche zu sozialen Tätigkeiten gezwungen werden müssten. Zudem sei es nicht gut jungen Menschen einen verpflichtenden Dienst aufzuzwingen, wenn sie bereits wüssten, was sie nach der Schule machen wollten. Weiterhin wurde gesagt, dass Gesellschaftsdienste nur dann einen Mehrwert für junge Menschen hätten, wenn diese von sich aus dafür motiviert wären. Wichtige Bedenken gegen einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt waren, dass dieser hinaus geschoben werden könnte, sodass er dann doch nicht gemacht würde. Zudem sei im höheren Alter keine berufliche Orientierung mehr nötig und ein Gesellschaftsdienst könnte ungünstig die Karriereleiter unterbrechen. Wichtige Bedenken bezüglich der freiwilligen Gesellschaftsdienste waren, dass junge Menschen diese nicht machten, wenn es nicht verpflichtend sei. Der Tenor der Jugendlichen – die sich mehrheitlich für eine Verpflichtung positioniert hatten – war, dass man zu seinem Glück gezwungen werden müsse. Nach diesen zwei Aufstellungen wurde versucht, für jede der drei Varianten eine Kleingruppe für den Nachmittag zu bilden, in denen Teilnehmende unterschiedlicher Meinungen vertreten waren.



3.4 Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten

In der zweiten Kleingruppenphase am Nachmittag kamen Befürworter:innen und Kritiker:innen jeweils einer Variante zusammen, um an dieser weiterzuarbeiten. Zunächst sollten die Teilnehmenden ihre Bedenken zu der Variante sammeln. Gemeinsam wurde ausgehend von diesen Bedenken an möglichen Lösungen gearbeitet. Dabei waren insbesondere die Bedenken und Lösungsideen von den Kritiker:innen der Variante von Bedeutung. Ziel war es, gemeinsam auszuhandeln, unter welchen Bedingungen die Variante für die Kritiker:innen am ehesten akzeptabel werden könnte ohne dabei die Zustimmung der Befürworter:innen zu verlieren. Am Ende der zweiten Kleingruppenphase wurden Rollen für die Diskussion mit den Abgeordneten verteilt. Es sollte möglichst jede:r aus der Gruppe in der Diskussion zu Wort kommen und entweder die Variante mit ihren Vor- und Nachteilen, die gesammelten Bedenken, die Lösungsvorschläge für die Bedenken oder persönliche Erfahrungen hinter dem Erarbeiteten vorstellen.

Nach der Arbeit in Kleingruppen kamen der Bundestagsabgeordnete Ralph Edelhäuser (CSU) sowie drei Mitarbeiter aus dem Wahlkreisbüro von Jan Plobner (SPD) dazu, um über die verschiedenen Aspekte des verpflichtenden Gesellschaftsjahres zu sprechen. Jan Plobner

(SPD) und Kristine Lütke (FDP) bedauerten es sehr, aufgrund einer Delegationsreise nicht am Wahlkreistag teilnehmen zu können. Sie hatten beide eine Videobotschaft für die Teilnehmenden aufgenommen, welche nun abgespielt wurde. Nachdem auch Herr Edelhäuser sich kurz vorgestellt hatte, wurde er gebeten seine eigenen Erfahrungen mit Gesellschaftsdiensten zu erzählen. Er berichtete bei Roth in der Bundeswehr gedient zu haben. Er habe sich damals auch aus Planungsgründen dafür entschieden, da er in einem bestimmten Monat mit dem Studium habe anfangen wollen, und ein Ersatzdienst länger als der Militärdienst gedauert hätte. Als nächstes wurde er noch gefragt, warum er das Thema des Gesellschaftsdienstes mit einer gelosten Gruppe diskutieren wollte. An dieser Stelle berichtete er von seiner Arbeit im Unterausschuss bürgerschaftliches Engagement und seinem Einsatz dafür, dass die Finanzierung für die Freiwilligendienste nicht gekürzt werde.

Anschließend hatte jede der drei Varianten-Gruppen die Gelegenheit, den Abgeordneten ihre Ergebnisse anhand von Plakaten vorzustellen und diese gemeinsam zu diskutieren. Nach der Vorstellung der Ergebnisse (s.u.) bekamen die Abgeordneten jeweils anderthalb Minuten Zeit, sich zu den Ergebnissen zu positionieren. Die Teilnehmenden aus der Kleingruppe stellten Nachfragen und gaben Rückmeldung dazu.



Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei Gruppen nacheinander beschrieben.

3.4.1 Kleingruppe 1: Freiwillige Gesellschaftsdienste

Die Kleingruppe, die zu den bestehenden freiwilligen Gesellschaftsdiensten gearbeitet hat, formulierte verschiedene Bedenken zu dieser Variante. Als Problem wurde gesehen, dass vielen Jugendlichen die Motivation fehle, einen freiwilligen Gesellschaftsdienst zu machen. Dies führte die Gruppe unter anderem darauf zurück, dass die Anreize für einen freiwilligen Gesellschaftsdienst zu gering seien: die Bezahlung sei zu gering, es gäbe zu wenige konkrete Vorteile z.B. bei der Ausbildung oder durch einen kostenlosen Zugang zu bestimmten Dienstleistungen wie dem ÖPNV und auch die soziale Anerkennung für einen Freiwilligendienst sei unzureichend. Unabhängig von der Anreizfunktion wurde vor allem die mangelnde Bezahlung kritisiert. Ein weiteres Problem an der aktuellen Regelung der freiwilligen Gesellschaftsdienste sah die Gruppe darin, dass über Freiwilligendienste unzureichend informiert werde. In einem sehr engagierten Aushandlungsprozess erarbeiteten die Teilnehmenden im Folgenden Lösungsvorschläge für die Bedenken und versuchten sich so zu einigen, dass die Kritiker:innen der Variante sie besser unterstützen konnten und die Befürworter:innen dies weiterhin taten. Aus diesem Aushandlungsprozess entstand der Vorschlag, dass die Anreize für freiwillige Gesellschaftsdienste deutlich erhöht werden müssten: sie müssten für alle finanzierbar sein und dürften auf keinen Fall ein finanzielles Minus produzieren, Verpflegung und Wohnen sollten gestellt werden, Bus und Bahn sollten kostenlos sein, Einkünfte sollten von der Steuer befreit werden, man sollte Bonus-Rentenpunkte erhalten. Vor allem die konkrete Höhe der Bezahlung wurde sehr intensiv diskutiert. Ein Teil der Gruppe wollte auf keinen Fall, dass der Charakter eines Dienstes verloren ginge, wie es ihrer Meinung nach durch eine Bezahlung auf Level des Mindestlohns der Fall wäre. Als Gegenargument wurde angeführt, dass es sich um freiwillige Arbeit handele und diese mit Mindestlohn vergütet werden müsse, da dieser die Minimalbezahlung ungelerner Arbeitskräfte festlege. Für die Bedenken bezüglich der mangelnden Informationen zu Freiwilligendiensten erarbeitete die Gruppe den Vorschlag, dass alle Jugendliche in einem bestimmten Alter z.B. mit 16 einen Brief erhalten sollten mit wichtigen Informationen zu den Möglichkeiten eines Freiwilligendienstes, dass es eine Social Media Kampagne zu Freiwilligendiensten geben solle und, dass eine verpflichtende Schulstunde eingeführt werden sollte, die über die Möglichkeiten eines Freiwilligendienstes informiere. Eine weitere Idee war es, eine zentrale, übersichtliche und bundesweite Stellenbörse für Freiwilligendienste einzuführen.

Herr Edelhäuser äußerte sich in seiner Stellungnahme zu den Vorschlägen der Gruppe vor allem zu der Umsetzbarkeit eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes. Er benannte das Problem, dass die Strukturen fehlten, die einen verpflichtenden Dienst für alle organisieren und seine Umsetzung sicherstellen würden. Diese aufzubauen, würde Jahre in Anspruch nehmen. Zudem sah er ein großes Problem darin, wenn unmotivierte Dienstleistende in Einrichtungen arbeiten müssten und diese dadurch eher belastet als entlastet würden. Sinnvoll fände er es, die Flexibilität bestehender Freiwilligendienste zu erhöhen und zum Beispiel mehr Teilzeit Angebote zu schaffen.

Herr Plobners Mitarbeiter Martin Wolf stimmte der Gruppe zu, dass es vor allem darum ginge, höhere Anreize für Freiwilligendienste zu schaffen. Die Idee Freiwilligendienste verstärkt auf die Ausbildung anrechnen zu können, unterstützte er.

Freiwillige Gesellschaftsdienste

Bedenken

Vielen Jugendlichen fehlt die Motivation

Schlechte Bezahlung

Wenige Anreize für freiwillige Dienste:

- finanziell
- Durch konkrete Vorteile z.B. bei der Ausbildung oder durch kostenlosen Zugang zu Dienstleistungen wie ÖPNV
- Geringe soziale Anerkennung

Es stehen zu wenig Informationen bereit

Aktuelle Regelung ist unflexibel bezüglich der Länge des Dienstes

Vorschläge

Höhere Anreize:

- Muss für alle finanzierbar sein, kein Minus!
- Verpflegung und Wohnen sollen gestellt werden
- Kostenloses Fahren mit Bus und Bahn
- Einkünfte müssen steuerfrei sein
- Bonus bei den Rentenpunkten
- Bezahlung zwischen Sozialhilfe-Niveau und Ausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr

Zentrale, übersichtliche und bundesweite Stellenbörse einrichten

Mehr Informationen über bestehende Freiwilligendienste bereitstellen:

- Alle Jugendlichen erhalten mit z.B. 16 Jahren einen Brief mit Informationen zu den Freiwilligendiensten
- Social Media Kampagne
- Eine verpflichtende Schulstunde zu Freiwilligendiensten

3.4.2 Kleingruppe 2: Verpflichtender Gesellschaftsdienst nach der Schule

In der Kleingruppe zum verpflichtenden Gesellschaftsdienst nach der Schule sammelten die Befürworter:innen und Kritiker:innen der Variante folgende Bedenken: es sei nicht klar, wer die Kosten für die Organisation eines verpflichtenden Dienstes übernehmen würde und auch die gesetzliche Grundlage fehle, die durch die Verpflichtung bedingte mangelnde Motivation auf Seiten der Dienstleistenden ginge auf Kosten der Träger sowie der Lernerfahrung der Jugendlichen, ein verpflichtender Dienst könne negative Auswirkungen auf die Lebensplanung junger Menschen haben und zuletzt sei das eigentliche gesellschaftliche Problem der Pflegenotstand und der würde durch einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst nicht gelöst werden. Unter der Annahme, dass es bereits eine politische Mehrheit für einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst gebe und die Gruppe nur noch Verbesserungen an dem Vorschlag vornehmen könne, einigte sich die Gruppe auf folgende Lösungsvorschläge der Bedenken: Zunächst war der Gruppe sehr wichtig, dass im Falle eines verpflichtenden Dienstes die Finanzierung für junge Menschen gesichert sein müsste: es solle Mindestlohn gezahlt werden und Wohnraum müsse gestellt werden. Eine weitere Bedingung war, dass den Jugendlichen immerhin Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Stellen und Tätigkeitsbereichen gegeben werden müssten und ein verpflichtender Dienst beispielsweise sowohl im ökologischen, kulturellen als auch sozialen Bereich möglich wäre. Weiterhin war es der Gruppe wichtig, dass vor einer Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes nach der Schule alle direkt Betroffenen, also sowohl Jugendliche als auch Einsatzstellen, befragt würden, ob und unter welchen Umständen sie die Einführung sinnvoll fänden. Offen blieben die Fragen, ob es für einen solchen Dienst bereits Vorbilder in anderen europäischen Ländern gebe, ab welchem Alter ein verpflichtender Dienst sinnvoll sei, wie mit der durch die Verpflichtung verringerten Motivation auf Seiten der Dienstleistenden umgegangen werden könne und, ob die Einführung überhaupt gesetzlich möglich sei.

Herr Edelhäuser antwortete auf die Vorstellung der Ergebnisse damit, dass er emotional für einen verpflichtenden Dienst sei, rational jedoch dagegen. Erneut betonte er, dass die Strukturen fehlten, um alle jungen Menschen sinnvoll in einem verpflichtenden Dienst einsetzen zu können. Zunächst müssten die bestehenden freiwilligen Strukturen besser finanziert werden, sodass mehr Stellen entstünden. Weiterhin solle mehr Werbung für die Freiwilligendienste gemacht werden. An dieser Stelle ging er nochmal auf die Idee der vorherigen Gruppe ein, Freiwilligendienste mit zusätzlichen Rentenpunkten zu belohnen und befürwortete diese.

Martin Wolf, der Wahlkreismitarbeiter von Jan Plobner, stimmte der Gruppe zu, dass es im Falle einer Verpflichtung flexible Wahlmöglichkeiten für die Tätigkeiten geben müsse. Ein verpflichtender Dienst müsse so ausgestaltet werden, dass es für Menschen mit weniger Geld, mit Familie oder mit besonderen Karriereansprüchen nicht zu schwerwiegenden Nachteilen käme. Zudem müssten die Dienstleistenden hinsichtlich ihrer Eignung geprüft werden, da beispielsweise nicht alle gut mit Kindern umgehen könnten. Die Gruppe reagierte mit dem Einwand, dass manchmal gerade eine Verpflichtung sinnvoll sei, da man mit Tätigkeiten in Berührung käme auf die man zunächst keine Lust hätte. Herr Wolf wiederholte daraufhin, dass er dem zustimme, er es jedoch nicht sinnvoll fände in allen Bereichen Leute zu verpflichten.

Verpflichtender Gesellschaftsdienst nach der Schule

Bedenken

Wer würde die Kosten übernehmen?

Mangelnde Motivation auf Seiten der Dienstleistenden ginge auf Kosten der Träger sowie der Lernerfahrung der Jugendlichen

Gesetzliche Vorlage fehlt

Eigentliches Problem ist Pflegenotstand und der wird so nicht gelöst

Möglicherweise negative Auswirkungen auf Lebensplanung

Wie wird die Eignung sichergestellt?
+ innere Haltung muss stimmen

Erstmal müssten Institutionen "in Ordnung" gebracht werden

Vorschläge

Finanzierung muss gesichert sein

Wohnraum müsste gestellt und Mindestlohn gezahlt werden

Jugendliche müssten Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Stellen und Tätigkeitsbereichen (ökologisch, sozial, kulturell etc.) haben

Jugendliche müssen Informationen über die Möglichkeit(en) bekommen, in einem Fach in der Schule?

Mehrwert für Träger muss gegeben sein

Das ist uns bei diesem Vorschlag noch wichtig:

- Jugendliche und Träger sollten zunächst befragt werden, ob sie einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst sinnvoll finden

Offene Fragen:

- Gibt es Vorbilder in anderen europ. Ländern?
- Ab welchem Alter sinnvoll?
- Wie umgehen mit Demotivation?
- Gesetzlich möglich?

3.4.3 Kleingruppe 3: Verpflichtender Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben

In Gruppe 3 beschäftigten sich Befürworter:innen und Kritiker:innen dieser Variante mit einem verpflichtenden Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt im Leben. Zunächst wurden Bedenken bezüglich der Variante gesammelt. Eine Sorge bestand darin, dass ein selbstgewählter Zeitpunkt dazu führen könnte, dass der Dienst von manchen Menschen immer weiter aufgeschoben würde und dadurch die Gleichheit verloren ginge, dass ihn alle machen müssten. Weiterhin fehle durch einen selbstgewählten Zeitpunkt die Planbarkeit für den oder die Einzelne:n genauso wie für die Einrichtungen. Unklar sei auch, wie man Menschen sehr unterschiedlichen Alters und in verschiedenen Lebensphasen finanziell und beruflich für die Zeit des Dienstes absichern könnte: Bekämen alle einen Einheitslohn unabhängig des vorherigen Einkommens? Wie würde sich der Lohn durch eigene Kinder erhöhen? Wäre die Rückkehr in den eigenen Job gesichert? Und: Wie ließe sich ein verpflichtender Dienst auch für Selbstständige ohne Gefahr für die Karriere umsetzen? Ein Zwang mache ein hohes Maß an Flexibilität nötig, welche wiederum die Umsetzung erschwere. Weitere Bedenken bestanden dahingehend, dass ein verpflichtender Dienst im höheren Alter weniger positive Auswirkungen auf die berufliche Orientierung hätte und auch weitere positive Effekte des Dienstes erst spät im Leben wirken würden. Zuletzt hatte die Gruppe noch die Sorge, dass durch einen verpflichtenden Gesellschaftsdienst die Bereitschaft für ehrenamtliche Tätigkeiten sinken würde und womöglich insgesamt weniger soziale und ehrenamtliche Arbeit stattfände. Die einigte sich auf einige Vorschläge, mit denen sie hoffte einigen Bedenken begegnen zu können. Zunächst sollte im Falle eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes zu einem selbstgewählten Zeitpunkt eine Altersgrenze (z.B. bis 30, 40 oder bis zum Rentenanstritt) verhindern, dass der Dienst zu lange aufgeschoben werde. Weiterhin sollten flexible Modelle in Teilzeit oder auch am Wochenende und dafür über mehrere Jahre angeboten werden. Bei der Stellenzuteilung solle sowohl darauf geachtet werden, in welchen Bereichen tatsächlich Bedarf bestehe als auch welche Eignung und Ausbildung die Dienstleistenden mitbrächten. Zuletzt sollte diskutiert werden, ob die Pflege von Angehörigen oder auch anteilig die Elternzeit angerechnet werden könnte. Die Frage, wer bestimmen sollte, bis zu welchem Alter der Dienst gemacht werden sollte und welche Tätigkeiten stellvertretend anerkannt werden sollten, blieb offen.

Nach der Bitte um eine Stellungnahme äußerte Herr Edelhäuser, dass es bereits jetzt die Möglichkeit eines Sabbaticals gebe und während dieser Zeit auch ein Bundesfreiwilligendienst gemacht werden könne. Er teilte die Bedenken, ob ein verpflichtender Dienst zu einem späteren Zeitpunkt der Gesellschaft ähnlich viel bringen würde, da der Lerneffekt sowie der Effekt auf die berufliche Entwicklung im Jugendalter besonders groß sei. Weiterhin führe der flexible Zeitpunkt dazu, dass keinerlei Planbarkeit auf Seiten von Betrieben bestünde, wann ihre Mitarbeiter womöglich ausfielen. Zudem sei der bürokratische Aufwand bei einer flexiblen Lösung noch viel aufwändiger, als er ohnehin schon im Falle einer Verpflichtung nach der Schule wäre.

Martin Wolf stimmte der Gruppe und Herrn Edelhäuser bezüglich der geringeren positiven Effekte eines Dienstes zu einem späteren Zeitpunkt zu. Für Betriebe sah er auch eine Chance in einer höheren Flexibilisierung, da diese auch die Möglichkeit bedeuten könnte, Mitarbeitern zu kritischen Zeitpunkten den Antritt eines Dienstes zu verwehren und sie auf einen späteren Zeitpunkt zu verweisen.

Verpflichtenden Gesellschaftsdienst zu einem selbstgewählten Zeitpunkt

Bedenken

Dass es so lange rausgeschoben wird, dass es doch nicht alle machen

Fehlende Planbarkeit für Einzelne und für Einrichtungen

Finanzielle Unsicherheit während des Dienstes: Einheitslohn? Erhöhung bei eigenen Kindern? Rückkehr in Job gesichert? Wie umsetzbar für Selbstständige?

Zwang macht hohe Flexibilität nötig

Gefahr für Karriere

Ein Gesellschaftsdienst zu einem späteren Zeitpunkt bedeutet womöglich erst einen späten Lerneffekt sowie Effekt auf berufliche Orientierung

Ehrenamtliches Engagement könnte weniger werden

Vorschläge

Altersgrenze festlegen z.B. bis zur Rente, bis 30, bis 40

Flexibilität durch verschiedene Modelle z.B. 5 Jahre lang jedes vierte Wochenende

Bei Stellenzuteilung Eignung und Ausbildung berücksichtigen

Ggf. Pflege von Angehörigen/anteiliger Elternzeit anerkennen

Informationen darüber zur Verfügung stellen, in welchen Bereichen Bedarf an zusätzlichen ungelerten Mitarbeiter:innen besteht

Offene Fragen:

- Wer sollte das bestimmen, bis zu welchem Alter man den Dienst machen muss und welche anderen Tätigkeiten stellvertretend anerkannt werden?
- Vielleicht auch Jugend-/Kinderfeuerwehr?

3.5 Aufstellung

Im Anschluss an die Diskussion mit den Abgeordneten wurden alle gebeten, sich für eine weitere Aufstellung auf den Vorplatz des Schlosshotels zu begeben. Erneut sollten sich die Teilnehmenden und diesmal auch Herr Edelhäuser und die Mitarbeitenden von Herrn Plobner zu den drei am Tag behandelten und abgewandelten Varianten positionieren. Während die meisten ihre Meinung im Vergleich zum Vormittag nicht geändert hatten, gab es auch ca. fünf bis sieben Personen, die sich am Nachmittag anders positionierten als am Vormittag. Eine Teilnehmerin die sich am Nachmittag umentschieden und nun für die freiwillige Variante der Gesellschaftsdienste war, begründete dies damit, dass eine Verpflichtung bürokratisch viel zu aufwendig wäre und es viel sinnvoller wäre, die Träger zunächst so zu unterstützen, dass sie attraktivere und vor allem mehr Stellen anbieten könnten. Eine Teilnehmerin die am Vormittag noch unentschlossen war und nun für einen verpflichtenden Dienst nach der Schule eintrat, wurde dadurch überzeugt, dass vor allem die Jugendlichen selber sich für eine Verpflichtung einsetzten.





3.6 Abschlussrunde (Auszug)

Der Tag wurde mit einer Feedback- und Reflexionsrunde sowie Informationen zum weiteren Verlauf des Projektes und zum langfristig angelegten Wahlkreisrat abgeschlossen. Hier ein paar Stimmen aus der Abschlussrunde:

„Ich nehme mit, dass in jedem Argument, auch wenn es einem nicht zusagt, eine wichtige Perspektive drinsteckt.“

„Mir hat gefallen, dass jeder zu Wort gekommen ist und seine Meinung sagen konnte und, dass sich wirklich zugehört wurde.“

„Mir ist der Sinn des Tages noch nicht ganz klar, da die Politik eh schon weiß, was sie macht. Wenn dann war positiv, dass man andere Meinungen kennengelernt hat.“

„Ich fand den Umgang miteinander sehr konstruktiv. Ich finde schade, dass ich mir nicht sicher bin, ob die Abgeordneten etwas mitgenommen haben, was sie in Berlin einbringen werden.“

„Man verfällt im Alltag schnell in Stammtischgespräche, darum ist es gut, mal aus der eigenen Bubble rauszukommen. Ich hätte mir gewünscht noch mehr über die Argumente zu diskutieren, auch mit den Abgeordneten.“

„Ich bin mit einer fertigen Meinung hierher gekommen. In den Gesprächen habe ich Argumente gehört, die mich nachdenklich gemacht haben. Ich fand es gut, dass junge Menschen dabei waren, die das Thema vor allem betrifft.“

„Ich hätte mir gewünscht, dass noch mehr Jugendliche dabei gewesen wären, weil das Thema uns am meisten betrifft.“

„Ich hätte gerne noch über mehr Varianten verpflichtender oder freiwilliger Gesellschaftsdienste diskutiert.“

Büro Plobner: „Ich fand es sehr interessant, dass viele ihre Meinung nicht geändert haben. Mir gefällt die Übung über ein Thema nachzudenken und dazu andere Meinungen zu hören.“

Herr Edelhäuser: „Ich fand es sehr schön euch alle heute kennenzulernen. Die Diskussion zu dem Thema ist gerade sehr wichtig. Ich habe meine persönliche Meinung, die CDU und die CSU haben eine Meinung zu dem Thema. Natürlich werde ich das Gehörte von heute in den Bundestag tragen.“



4 Ausklang und „Wie geht es weiter?“

Der Wahlkreistag im Wahlkreis Roth am 02. März 2024 mit 28 Teilnehmenden und dem Bundestagsabgeordneten Ralph Edelhäuser und Mitarbeitenden aus dem Wahlkreisbüro von Jan Plobner stieß insgesamt auf positive Resonanz. Gleichzeitig blieb der Wunsch nach einer noch längeren und intensiveren Debatte und die Skepsis, ob die Ergebnisse tatsächlich von den Abgeordneten weitergetragen würden. Der hohe Anteil der Teilnehmenden, die sich am Ende für eine Weiterarbeit im längerfristig angelegten Wahlkreisrat entschieden, zeigt, dass der Tag von vielen als gewinnbringend erlebt wurde.

Am Ende des Tages blieben einige Teilnehmende noch vor Ort, um sich mit dem Team, den Wahlkreisbüro Mitarbeitenden von Jan Plobner, sowie dem CSU-Abgeordneten Ralph Edelhäuser zu unterhalten.

Impressum

Herausgeber: Es geht LOS, Wrangelstraße 22, 10997 Berlin

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg als

Demokratie Innovation e.V. unter VR 36580, Vorstand: Katharina Liesenberg (1. Vorsitzende), Jonas Beuchert (Stellvertreter), Dr. Joachim Haas (Finanzbeauftragter)

Autorin: Mia Vökler

Veröffentlichung: März 2024